



**Empfehlungen von EU-Bürger/innen zur Gestaltung der  
wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas**

<b>Empfehlung</b>	<b>Stimmen</b>
1. Die EU sollte bestrebt sein, die globale Erwärmung zu reduzieren und fossile Brennstoffe schrittweise abzuschaffen, indem sie erneuerbare Energien aus Wasser, Sonnenstrahlung, Wind, Wasser und Industrieabfällen fördert. Die Mitgliedstaaten sollten mitwirken und Energiequellen auf Basis von nationalen und regionalen Gegebenheiten entwickeln. Dazu gehören die dezentralisierte Energieerzeugung, sich selbst mit Energie versorgende Regionen und Gemeinden und der Einsatz von wirtschaftlichen Instrumenten und Anreizen für eine international koordinierte Forschung.	419
2. Die EU sollte ihre Bemühungen für die Errichtung eines gemeinsamen Gesundheitssystems auf Grundlage des Know-hows der Länder mit den leistungsstärksten Systemen verstärken. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sollte sie eine für jede/n EU-Bürger/in gleiche Grundnorm für die Gesundheitsversorgung einführen. Es sollte eine zentralisierte Aufsicht über Vorschriften und Normen geben. Es sollte ein unabhängiger Mechanismus für die EU-weite Anerkennung der Qualifizierungen von medizinischem und Pflegefachpersonal ausgearbeitet und eingeführt werden.	339
3. Die EU sollte auf Grundlage eines harmonisierten Arbeitsgesetzbuchs dieselben Arbeitsbedingungen und -regeln für alle EU-Bürger/innen schaffen, indem sie die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer/innen und die Rechte und Pflichten der Arbeitgeber/innen harmonisiert. Dieses Gesetzbuch sollte das Recht auf faire Entlohnung und Arbeitszeiten sowie den Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit für Frauen und Männer sowie für Arbeitnehmer/innen aus allen anderen EU-Mitgliedstaaten enthalten.	333
4. Die EU sollte die europäischen Schul- und Berufsausbildungssysteme harmonisieren, indem sie gemeinsame Kriterien und Normen für die verschiedenen Bildungsabschlüsse einführt, die in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden. Dazu sollten die Vereinfachung der Schüler/innen- und Student/innenmobilität in Europa gehören sowie einheitliche Zulassungsverfahren, Prüfungen und Beurteilungen.	305
5. Die EU sollte Anreize schaffen, um die Abwanderung der Produktion in Niedriglohnländer zu verhindern. Die EU sollte allen Unternehmen Sanktionen auferlegen, die EU-Mittel und Beihilfen erhalten haben und die ihre Produktion in Länder außerhalb der EU verlagern. Sie sollte dies tun, indem sie die Rückzahlung der staatlichen Beihilfen verlangt, die diese Unternehmen erhalten haben, und Steuern zur Finanzierung von Sozialplänen einführt.	306
6. Die EU sollte sicherstellen, dass die Landwirtschaft keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt hat, und die Nahrungsmittelselbstversorgung fördern. Dazu würde die Förderung von nachhaltigen landwirtschaftlichen Verfahren, wie der biologische Anbau, lokale Nahrungsmittelerzeugung und ein geringerer Einsatz von Düngern und Pestiziden, gehören. Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sollten mit Ausnahme von medizinischen Anwendungen verboten werden.	300
7. Die Europäische Kommission muss Gesetze vorschlagen, die soziale Ungleichheit bekämpfen, und Bedingungen für eine Annäherung der Sozialversicherungs- und Wohlfahrtssysteme der Mitgliedstaaten schaffen. Das würde Löhne und Gehälter sowie Renten betreffen und Unter- und Obergrenzen für Sozialleistungen würden festgelegt. Die EU sollte ein System zur Beobachtung der Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten einrichten und, wenn nötig, den Mitgliedstaaten verbindliche Empfehlungen aussprechen, um dafür zu sorgen, dass die EU einem gemeinsamen sozialen System für die EU näher rückt.	296



8. Die EU sollte einen beschleunigten Fluss von sicheren Daten fördern, die für die Verhütung und Erkennung von Verbrechen quer durch die Mitgliedstaaten benötigt werden (z. B. Drogen- und Menschenhandel, Pädophilie). Zu den Handlungsansätzen sollten mehr Mittel für neue integrierte Technik und ihr verbesserter Einsatz sowie die engere Zusammenarbeit zwischen den Polizeibeamten der einzelnen Länder gehören. 296
9. Die EU sollte die Transparenz und die Rechenschaftspflicht von Politiker/innen und Beamt/innen erhöhen. Das könnte mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Verhaltenskodexes für Beamt/innen erfolgen, der die Offenlegung des persönlichen Vermögens und des polizeilichen Führungszeugnisses derjenigen verlangt, die in europäischen und nationalen Institutionen arbeiten, der die rechtliche Immunität von politischen Entscheidungsträger/innen einschränkt und Rechtsvorschriften zum Lobbying auf nationaler und europäischer Ebene einführt. Die Verantwortung für diese Aktionen könnte einer/m Kommissar/in für Ethik oder einer/m europäischen Bürger/innenbeauftragte/n übertragen werden. 294
10. Die EU sollte die Finanzmärkte (Akteure und Produkte) regulieren, die Finanzströme von Handelsbanken überwachen, die in der EU aktiv sind, und die Stabilität dieser Ströme sicherstellen. Sie sollte diese Regulierung mittels einer zentralen europäischen Aufsichtsbehörde überwachen oder der Europäischen Zentralbank größere Vollmachten für diese Aufgabe übertragen. Sie sollte gemeinsame Geschäftsbedingungen einführen, um die Sicherheit von privaten Sparguthaben und die Geschäftsfähigkeit von Handelsbanken sicherzustellen. 278
11. Die EU sollte auf allen Bildungsniveaus mehr in die Qualität investieren. Es werden Mindestnormen für eine attraktive, bezahlbare und interessante Schulbildung von hoher Qualität benötigt, wobei der Schwerpunkt auf der Vielfalt und der Innovation im Bildungswesen liegen sollte. Dazu könnte gehören: die Bekämpfung und Verringerung des Analphabetismus (um mindestens 20 % bis 2020), das frühzeitige Erlernen einer europäischen Fremdsprache, Hilfe für Schulabbrecher, die Verbesserung der technischen Ausrüstung von Schulen und der Austausch von bewährten Verfahren zwischen EU-Mitgliedstaaten. 257
12. Die EU sollte die Verbraucherschutzpolitiken auch für den elektronischen Geschäftsverkehr verstärken. Sie sollte dies mit Maßnahmen wie systematischen Kontrollen etwa von Lebensmitteln und Arzneimitteln oder Einfuhren aus Ländern außerhalb der EU tun. Es sollte eine strenge Kennzeichnung geben, die Vergleiche zwischen verschiedenen Produkten und Waren ermöglicht. Das Verfahren für Beschwerden und Anregungen sollte beschleunigt werden. Außerdem sollte eine zentrale Aufsichtsagentur eingerichtet werden, die Strafen erteilen kann. 247
13. Zum Zweck der Krankheitsverhütung und der Verringerung der Gesundheitsrisiken sollte die EU die Mitgliedstaaten dazu anregen, die Gesundheitsförderung mehr zu betonen. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz "Vorbeugen ist billiger als Behandeln" sollten Gelder für Pflichtuntersuchungen der gesamten Bevölkerung bereitgestellt werden. Die EU sollte globale Kampagnen zur Krankheitsverhütung und insbesondere für AIDS, Diabetes, Fettleibigkeit und Herz-Kreislauf-Erkrankungen ausarbeiten. 242
14. Die EU sollte den Sozialschutz für schutzbedürftige Mitglieder der Gesellschaft in allen Lebensphasen verstärken. Dazu gehören ältere Leute, behinderte Menschen oder einkommensschwache Mitglieder der Gesellschaft, Obdachlose und Arbeitslose sowie auch Pflegepersonen. Sie sollte den Anteil des BIP einschätzen, den die Länder für ihre Sozialpolitik ausgeben, und den Mitgliedstaaten verbindliche Ziele für die Armutsbekämpfung auferlegen. Diese Maßnahmen sollten in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession besondere Beachtung finden. 233
15. Um besser mit der illegalen Einwanderung fertig zu werden, sollte die EU die übergreifende strategische und finanzielle Verantwortung für die Verstärkung der Überwachung der Außengrenzen einschließlich einer schnelleren Fallbearbeitung und der Standardisierung der Behandlung von Durchreisenden übernehmen. Die EU sollte Maßnahmen ergreifen, um zu vermeiden, dass die Länder an ihren Außengrenzen vom Zustrom der Migrant/innen überschwemmt werden. Die Mitgliedstaaten der EU müssen dafür sorgen, dass illegalen Einwanderer/innen keine Arbeit in der Schattenwirtschaft angeboten wird. 226